

Beide Parteien verurteilen entschieden die andauernde Unterstützung des Vorster-Regimes durch die imperialistischen Hauptmächte, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und dem Rassistenregime in Südafrika; die schändliche Sabotage aller UNO-Antiapartheid- und Boykott-Beschlüsse durch die Monopole der USA, der BRD, Großbritanniens und anderer kapitalistischer Staaten. Sie wenden sich gegen die neokolonialistische Allianz Südafrikas, Rhodesiens und Portugals als ein Bollwerk des internationalen Imperialismus gegen die unabhängigen afrikanischen Staaten und die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika.

Beide Delegationen bekräftigen, auch künftig das Friedensprogramm der KPdSU voll zu unterstützen. Die SED und die SAKP stimmen der Einschätzung der Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder auf dem Krim-Treffen zu, nach der sich in der internationalen Arena wichtige positive Veränderungen vollzogen haben. Diese eingeleitete Wende von der Zeit des kalten Krieges zur Entspannung, zur Festigung der Sicherheit und zur friedlichen Zusammenarbeit als Haupttendenz in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen ist in erster Linie auf die prinzipienfeste und konstruktive Politik der KPdSU und der Sowjetregierung zur Festigung des Weltfriedens, zur weiteren Vertiefung des internationalen Entspannungsprozesses und zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung zurückzuführen.

Eine wichtige Rolle spielte die nationale Befreiungsbewegung und die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern.

Die Delegationen der SED und der SAKP brachten ihre Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zum Ausdruck, die einen gerechten Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt führen. Sie rufen alle antiimperialistischen Kräfte der Welt auf, den um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Afrikas, besonders Südafrikas, Namibias, Simbabwe, Moçambiques und Angolas, auch weiterhin Solidarität zu erweisen. Beide Parteien begrüßen die Gründung der Republik Guinea-Bissau und fördern die allgemeine Anerkennung dieser Republik, ihre Aufnahme in die UNO sowie den Abzug der portugiesischen Truppen vom gesamten Territorium der Republik Guinea-Bissau.

Beide Parteien begrüßen den Beschluß der arabischen Länder, über Südafrika, Rhodesien und Portugal ein totales Ölembargo zu verhängen. Sie rufen alle erdölproduzierenden und -exportierenden Länder auf, sich diesem Ölembargo anzuschließen.